die glauben, über den Konflikt einerseits zwischen den Bergarbeitern und den Zechenbesitzern, andererseits zwischen den Bergarbeitern und der kapitalistischen „Regierung" verhandeln zu müssen, sich an den Zentral-Zechenrat zu wenden. Leitung und Organisierung des Streiks liegen auch weiter in den Händen der Zentral-Streikleitung in Essen. 2. (einstimmig). Die revolutionären Bergarbeiter des Ruhrreviers fordern die revolutionären Bergarbeiter Mitteldeutschlands und Schlesiens auf, sich mit den streikenden Bergarbeitern des Ruhrreviers solidarisch zu erklären. 3. (einstimmig). Die Konferenz beschließt, falls bis Mittwoch, 9. April, mittags 12 Uhr, die Forderungen der Bergarbeiter nicht restlos bewilligt sind, die Notstandsarbeiten nicht mehr auszuführen. 4. (einstimmig). Die Konferenz spricht denen, die sich für die Regierungstruppen haben anwerben lassen, ihre tiefste Verachtung aus und beschließt, dafür Sorge zu tragen, daß dieselben künftig auf keinem Werke angestellt werden. Sie sollen gemieden werden wie die Pest.

Von anderer Seite wird gemeldet, die Konferenz in Essen sei durchaus willkürlich zusammengesetzt gewesen und könne keinen Anspruch darauf erheben, als Vertretung der Bergarbeiter angesehen zu werden. Bei der Montag-Morgenschicht sei ein erhebliches Abflauen des Streiks erkennbar gewesen. Die Aussichten auf ein baldiges Ende des Ausstandes könne als günstig bezeichnet werden.

Eine in Bielefeld tagende Bergarbeiterkonferenz aus ganz Deutschland, in der Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten anwesend waren, lehnte mit 71 gegen 5 Stimmen grundsätzlich den Sechsstundentag für die Bergarbeiter auf Grund internationaler Abmachungen ab. Für Deutschland seien gegenwärtig die durch seine Einführung entstehenden Schädigungen für die Allgemeinheit zu groß.

Das Garnisonkommando Düsseldorf hat das städtische Elektrizitätswerk militärisch besetzen und wieder in Betrieb setzen lassen. Die Straßenbahn in Düsseldorf war seit Sonntag stillgelegt.

Arbeitsaufnahme bei Krupp.

Eine von den christlich-sozialen Arbeitern der Firma Krupp im Katholischen Vereinshause Sonntag abgehaltene stark besuchte Versammlung erhob scharfen Protest gegen den auf den Kruppschen Werken verkündeten Generalstreik und beschloß, Montag früh geschlossen zur Arbeit wieder zu erscheinen und allen terroristischen Versuchen, die Arbeitswilligen gewaltsam von der Arbeit fern zu halten, mit stärkstem Nachdruck entgegenzutreten.

*

Spartakistenunruhen in Mülheim (Ruhr).

Trotz des verschärften Belagerungszustandes hatten die Spartakisten eine Versammlung anberaumt, die von den Regierungstruppen aufgehoben wurde. Die Truppen wurden mit Handgranaten empfangen, wodurch zwei Soldaten getötet und zwei schwer verletzt wurden. Zwei Arbeiter wurden erschossen. In den Straßen wurden die Truppen mehrfach von den Spartakisten angegriffen, wobei es zu regelrechten Feuergefechten kam. Die Regierungstruppen erhielten Verstärkung durch Ulanen. Etwa 200 Spartakisten wurden gefangen.

*

Der Streik in Stuttgart beendet.

Der Generalstreik ist beendet. Die Regierung berichtet die Lage. Die Hauptbetriebe Bosch und Daimler begannen Montag wieder mit der Arbeit, und nur die städtischen Gasarbeiter scheinen es darauf ankommen lassen zu wollen, ob die Stadtverwaltung ihre Drohung wahr macht, daß sie diejenigen städtischen Arbeiter, die ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, als entlassen betrachte. Post und Eisenbahn sind wieder in Betrieb. Die Streikleitung, in Stuttgart sowohl wie auch in den Industrieorten um Stuttgart herum, ist, wie die Staatsregierung mitteilt, zum größten Teil verhaftet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Das Gesetz zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes** ist vom Kabinett festgestellt worden und geht jetzt der Nationalversammlung zu. Die ursprüngliche Absicht, auch ausländischen Rechtslehrern die Möglichkeit zu geben, im Staatsgerichtshof zu sitzen, ist glücklicherweise fallengelassen worden. Der Staatsgerichtshof soll sich zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Reichsgerichts, des Staatenausschusses und der Nationalversammlung zusammensetzen. Zur Erhebung der Anklage soll ein Ausschuß der Nationalversammlung gebildet werden. Diesem wird jeweils von der Regierung das Material überwiesen werden und es wird seine Aufgabe sein, es daraufhin zu prüfen, ob es zur Erhebung der Anklage und zur Einleitung eines Verfahrens ausreicht.

✦ **Für Abschaffung der Todesstrafe.** An das Justizministerium in Dresden ist aus weiteren Kreisen der Bevölkerung das Ersuchen gerichtet worden, für die Abschaffung der Todesstrafe einzutreten. Das sächsische Justizministerium hat sich auch bereits mit dieser Frage beschäftigt, und es ist wohl anzunehmen, daß von Sachsen aus eine diesbezügliche Anregung bei der Reichsregierung erfolgen wird.

✦ **Hindenburg über die Vorgänge vom 9. November.** Generalfeldmarschall Hindenburg erläßt folgende Erklärung: „Die Freiheit hat eine Denkschrift des Generals Graf Schulenburg über die Vorgänge am 9. November in Spaa veröffentlicht. Die darin gegebene Darstellung ist einseitig tendenziös gefärbt und nicht durchweg objektiv zutreffend. Sie enthält sehr wesentliche Irrtümer und Unrichtigkeiten in bezug auf die Anschauungen und Äußerungen der beteiligten Persönlichkeiten und beweist, daß der General über die tatsächliche Lage nicht genügend unterrichtet war. Weder ich noch der Erste Generalquartiermeister beabsichtigen, in eine in der gegenwärtigen Zeit höchst unerwünschte Zeitungspolemik einzutreten. Die Ereignisse des Herbstes 1918 sind nämlich in Berichten der Obersten Heeresleitung niedergelegt; alle irgendwie beteiligten Persönlichkeiten haben Originalberichte aufgestellt, damit späterer Legendenbildung vorgebeugt wird."

✦ **Arbeit oder Hungersnot!** Wie von zuständiger Regierungsseite mitgeteilt wird, reichen die in Deutschland vorhandenen Zahlungsmittel aus, um die erste Lieferung ausländischer Lebensmittel, das heißt 200 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fett zu bezahlen. Die Bezahlung der laufenden Lieferungen von monatlich 370 000 Tonnen Nahrungsmittel ist von der Zunahme der Produktion, vor allem der Kohlenförderung, abhängig. Weitere Zahlungsmittel für diesen Zweck bereitzustellen, ist nicht möglich.

✦ **Verschleppung deutscher Kriegsgefangener nach Polen.** Polnische Blätter melden, daß gemäß der Militärkonvention Polens mit der Entente die deutschen Kriegsgefangenen, die sich in rumänischen Händen befinden, nach Polen gebracht werden sollen, um dort Kasernen für die neu zu organisierende polnische Armee zu bauen. Die Polen wollen ihre eigenen Arbeitskräfte für „produktivere" Arbeiten verwenden. Es handelt sich um 10 000 Kriegsgefangene.

Ukraine.

× **Schwere Kämpfe um Odessa.** Die russischen und ukrainischen Bolschewisten greifen das von den Alliierten gehaltene Odessa mit starken Kräften, etwa 500 000 Mann, an und beschießen die Stadt mit schwerem Geschütz. Die Alliierten werden Odessa voraussichtlich räumen und sich hinter den Dnjepr zurückziehen. Sebastopol und die Krim sollen dann als Operationsbasis dienen.

Nah und Fern.

o **Abermals höhere Bierpreise.** Aus den verschiedensten Kreisen der Brauindustrie sind an das Reichsernährungsministerium fortgesetzt Anträge auf Erhöhung der Bierhöchstpreise gerichtet. Sie werden begründet mit den inzwischen eingetretenen Lohnsteigerungen der Brauarbeiter. Das Reichsernährungsamt prüft die Notwendigkeit. Bis zur Beschlußfassung muß der geltende Höchstpreis unter allen Umständen eingehalten werden. Viel verwunderlicher als die Preissteigerung ist eigentlich die Tatsache, daß das Getränk, was man heute als „Bier" verzapft, überhaupt noch jemand trinkt.

o **Großkapitalistische Schlächtergesellen.** Ein Beruf, der sich bezahlt macht, ist jetzt der eines Pferdeschlächters. Ein tüchtiger Pferdeschlächter in Groß-Berlin verdient heute täglich rund 300 Mark. Er erhält für jedes Pferd 30 Mark und kann durchschnittlich 10 Pferde täglich ins Jenseits befördern. Pferdeschlächter-Gesellen, die über Vermögen von 100 000 bis 200 000 Mark verfügen, kann man in Berlin alle Tage treffen.

o **Ein deutsches Schiff gesunken.** Das deutsche Depotschiff „Gernot", das durch einen Schlepper nach England gebracht werden sollte, riß sich in der Nähe der englischen Küste infolge des heftigen Sturmes von der Schleppleine los. Das Schiff trieb ab und ging in einem Minenfeld unter. Sechs Mann der Besatzung ging verloren. Die Überlebenden sind nach Leith gebracht worden.

o **Die Juwelen des Zaren.** Meldungen aus Wladiwostok besagen, daß General Diedrich persönlich Juwelen und andere Gegenstände nach Wladiwostok brachte, die früher der Zarenfamilie gehörten und bei ihren Mördern in Jekaterinburg gefunden wurden. Das Tagebuch des Zaren wurde gleichfalls aufgefunden und nach Moskau geschafft.

Sächsische Volkskammer.

23. Sitzung am 7. April 1919.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht als erster Punkt die allgemeine Vorberatung über den Entwurf eines Gesetzes über

Wahlen für die Gemeindeverwaltung.

Das Gesetz beabsichtigt, wie Minister Uhlig in der Begründung betont, die Durchführung der demokratischen Grundsätze in der Gemeindeverwaltung. Die Regierung hofft, daß durch dieses Gesetz die Beunruhigungen über die bisherigen Zustände in Wegfall kommen. Für die Fraktion der Deutschen Volkspartei nimmt Abg. Blüher Stellung zum Entwurfe. Nach seiner Ansicht enthält dieser im wesentlichen das, was die Kammer schon immer gewünscht hat und er bittet um Ueberweisung desselben an den Gesetzgebungsausschuß. Abg. Lipinski (Unabh.) tritt für schnellste Erledigung des Entwurfes ein. Darauf gibt namens seiner Partei Abg. Dr. Roth (Dem.) im allgemeinen die Zustimmung zum Entwurfe. Abg. Scherffig (Soz.) stellt in seinen Ausführungen einen Antrag, wonach bei einer Beschlußfassung über Ausscheiden aus dem Amte nur die gewählten Vertreter Stimmrecht ausüben sollen. Nachdem Abg. Schmidt-Freiberg (D. N.) dem Entwurf den Vorwurf der einseitigen Parteibestrebung gemacht hat, und es nicht für richtig gehalten hat, wenn die jetzigen bewährten Kräfte entlassen und durch neue ersetzt würden, wird der Entwurf auf einstimmigen Kammerbeschluß dem Gesetzgebungsausschuß überwiesen. Als zweiter Punkt steht auf der Tagesordnung die allgemeine Vorberatung über den Antrag der Fraktion der Deutschnationalen um Linderung der Notlage der aus dem Heeresdienst entlassenen, stellenlosen kaufmännischen Angestellten. Begründet wird der Antrag vom Abg. Brost (D. N.). Nach seiner Ansicht kann das sächsische Wirtschaftsleben die Zahl seiner kaufmännischen Angestellten nicht wieder aufnehmen. Darum müssen mit größter Beschleunigung die während des Krieges für Schreibarbeiten aller Art eingestellten Aushilfspersonen durch stellenlose Handlungsgehilfen ersetzt werden. Für die Regierung nimmt Minister Heldt Stellung zum Antrag, indem er betont, daß die Regierung die äußerst schwierige Lage der stellenlosen kaufmännischen Angestellten erkennt. Es steht ihr aber nicht das Recht zu, die Gemeinden zur Entlassung der weiblichen Aushilfspersonen zu zwingen. Die Frage der Erwerbslosenfürsorge ist nur zu lösen, wenn uns die Aufrechterhaltung und Hebung der Industrie gelingt. Abg. Möller (Soz.) bezeichnet den Antrag als unsozial, da er nur die Interessen der kaufmännischen Angestellten, nicht aber auch der Erwerbslosen anderer Stände vertrete. Die Fraktion der Demokraten erklärt sich durch Abg. Klühs mit der Tendenz des Antrages einverstanden, doch darf nach ihrer Ansicht nicht verkannt werden, daß auch ein Teil der weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe unentbehrlich ist. Abg. Fiedler (Unabh.) wünscht nur eine Ablösung der weiblichen Personen durch männliche Angestellte, bei denen die Einstellung der Arbeit keine wirtschaftliche Notlage zur Folge hat. Durch Abg. Dr. Niethammer begrüßt die deutsche Volkspartei die Maßnahmen zur Linderung der Notlage der kaufmännischen stellenlosen Angestellten. Nachdem Abg. Leistner (Soz.) betont hat, daß viele weibliche Personen, namentlich Haustöchter, Stellungen zum Nachteile von Angestellten inne haben, wird der Antrag auf einstimmigen Kammerbeschluß dem Rechenschaftsausschuß überwiesen.

Letzte Drahtberichte
des „Wilsdruffer Tageblattes".

Der Düsseldorfer Generalstreik.

Düsseldorf, 8. April. (tu.) Ueber die Hälfte der Düsseldorfer Arbeiterschaft hat sich dem Generalstreik angeschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist vollständig eingestellt. Die Gasversorgung wird nur notdürftig aufrechterhalten. Dagegen haben die Arbeiter des Elektrizitätswerkes sich dem Streik nicht angeschlossen. Heute vormittag wird in allen Betrieben darüber abgestimmt, ob weiter gestreikt werden soll. Von gewerkschaftlicher Seite wird erklärt, daß der Generalstreik schon nach eintägiger Dauer zusammengebrochen sei.

Lohnbewegung unter den Bankbeamten.

Berlin, 8. April. (tu.) Die Lage, die die Lohnbewegung unter den Beamten der Darmstädter Bank angenommen hat, ist äußerst kritisch geworden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik auch auf die übrigen Banken überspringt und zum allgemeinen Aufstand im Bankgewerbe führt. Es sind Sympathiekundgebungen der Bankbeamten aus Stettin, Leipzig, Halle, Hamburg und München eingegangen.

Rückkehr Lloyd Georges nach England.

Haag, 8. April. (tu.) Temps erfährt, daß Lloyd Georges nach England zurückkehren und am 15. April im Unterhaus über den Präliminarfrieden sprechen wird.

Autounglück des früheren Kronprinzen.

Aus dem Haag, 8. April. (tu.) Holländische Blätter melden, daß der frühere Kronprinz, der in Begleitung eines technischen Beamten in einem Auto eine Ausfahrt machte, mit großer Geschwindigkeit gegen einen Baum fuhr und einen Bruch des Handgelenkes erlitt. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Sein Begleiter kam unverletzt davon.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, 8. April 1919.

□ **Alle markenfreien Würste bestehen aus Pferdefleisch,** das hat das sächsische Kriegswucheramt festgestellt. Seit Januar d. J. sind auf Veranlassung des sächsischen Kriegswucheramtes im ganzen Lande einheitlich Preisprüfungen und chemische Untersuchungen der in großen Mengen auf den Markt gekommenen Ersatzwurstwaren vorgenommen worden. In Frage kommen die ohne Bezeichnung oder die unter dem Namen Frühstückswurst, Zervelatwurst, Jagdwurst, Leberwurst, Regensburger, Frankfurter, Brühwürstchen, Ziegen-, Kaninchen-, Geflügelwurst und dergleichen in den Handel gebrachten Wurstwaren. Nach den chemischen Untersuchungen hat es sich in den allermeisten Fällen um Würste gehandelt, die aus Pferdefleisch hergestellt, oder die von den zuständigen Ersatzmittelstellen nicht genehmigt waren. Hersteller, Großhändler, Kleinhändler, hauptsächlich auch Grünwarengeschäftsinhaber, sind auf die einschlägigen Gesetzbestimmungen hingewiesen worden. Zahlreiche Strafanzeigen, insbesondere gegen die Hersteller, sind erfolgt. In den meisten Fällen hat man zunächst noch von Erstattung von Strafanzeigen abgesehen, aber scharf verwarnt. Daß mit den Bezeichnungen Ziegen- und Geflügelwurst eine unerhörte Täuschung im ganzen Reiche getrieben wurde, war seit langem offenbar. Wo sollten plötzlich beispielsweise alle die Ziegen hergekommen sein, die das Fleisch für die zweifelhaften Würste geliefert hätten. Vielleicht hätten alle Ziegen der Welt nicht ausgereicht, um das Massenangebot zu erklären. Möglicherweise ist Pferdefleisch an und für sich nicht geringer, aber wer in Zukunft noch irgend eine Ersatzwurst verzehrt, weiß nun wenigstens, was er zu sich nimmt.

— **Bestimmungen über die Karwoche.** Die sächsische Regierung veröffentlicht in der „Sächs. Staatszeitung" eine Verordnung über die Beobachtung der geschlossenen Zeiten und die Karfreitagsfeier. Danach sollen in diesem Jahre die besonderen Bestimmungen für den Karfreitag wegfallen, doch bleibt es dabei, daß Tanzveranstaltungen in der Zeit vom Gründonnerstag bis mit Sonnabend vor dem ersten Osterfeiertag, ferner am Karfreitag geräuschvolle Vergnügungen mit Ausnahme ernster Konzerte und ernster theatralischer Vorstellungen nicht stattfinden dürfen.

— **Der erste Eisenbahnzug von Leipzig nach Dresden** wurde gestern vor 80 Jahren am 7. April 1859 abgelassen und damit war der erste größere Schienenweg in Sachsen eröffnet. Der Bau der Leipzig—Dresdner Bahn erfolgte auf die Anregung von Friedrich List hin, der nach einer mehrjährigen Anwesenheit in Nordamerika im Jahre 1835 von Hamburg nach Leipzig übergesiedelt war, und dem es gelang, die vier Leipziger Bürger Wilhelm Seifferth, Albert Dufour-Faronce, Gustav Harkort und Karl Lampe, sowie auch den Kreisdirektor von Falkenstein für den Bau dieser ersten größeren Eisenbahn zu interessieren. Der erste Spatenstich erfolgte im Jahre 1836. Dieser ersten Bahnstrecke folgten bald andere und neben dem ersten Bahnhof in Leipzig, dem Dresdner, entstanden in Leipzig nach und nach der Magdeburger, der Bayrische, der Thüringische, der Berliner, der Eilenburger und mehrere Vorortbahnhöfe. Am 4. Dezember 1915 fand dann die Eröffnung eines neuen Leipziger Hauptbahnhofes statt, zu dem die Vorarbeiten am 1. Oktober 1907 begannen und zu dem die Entwürfe von den Professoren Wilhelm Lossow und Max Hans Kühne stammen. Dieser Bahnhof ist der größte Europas. Die auf einer Länge von 240 Meter überdachten Bahnsteiganlagen haben eine Grundfläche von nicht weniger denn 66 000 qm. In diese Riesenhalle münden 10 zweigleisige Strecken von Zeitz, Corbetha, Eilenburg, Magdeburg, Berlin, Hof, (ein Fern- und ein Vorortgleis), Riesa, Döbeln, Geithain. Die gesamten Baukosten dieses Riesenbahnhofes betrugen 135 Millionen Mark. Innerhalb 80 Jahren eine gewaltige Entwicklung des sächsischen Eisenbahnwesens, an die selbst der geniale Nationalökonom Friedrich List, der Befürworter eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems, wohl kaum gedacht hat, als er heut vor 80 Jahren mit dem ersten Eisenbahnzuge von Leipzig nach Dresden fuhr.

vsz. **Die künftige Gestaltung des Religionsunterrichts.** Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß in Nr. 94 der Dresdner Nachrichten über das Ergebnis der Rundfrage des Kultusministeriums bei den Lehrern des Landes, die künftige Gestaltung des Religionsunterrichts betreffend, jeder Grundlage entbehrt. Die Umfrage ist überhaupt noch nicht abgeschlossen.

vsz. **Schutz der Landwirtschaft.** Die in der letzten Zeit auf dem Lande sich häufenden bandenweisen Diebstähle, gegen die der einzelne Landwirt wehrlos ist, haben eine Gemeinde in der Nähe Dresdens dazu veranlaßt, die ortseingesessenen Landwirte zu einem Sicherheitsdienst in der Weise zu organisieren, daß eine größere Anzahl derselben abwechselnd sich in der Nacht zum Wachdienst in dem Orte

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF